

Klimawandel und Gerechtigkeit

Anforderungen an die UN-Klimakonferenz in Poznan für ein gerechtes und effektives Abkommen für den globalen Klimaschutz nach 2012

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen für die menschliche Entwicklung und die Bekämpfung der weltweiten Armut. Die bisherigen Maßnahmen zu seiner Begrenzung sind dagegen völlig unzureichend – die globale Erwärmung auf unter 2 °C zu begrenzen, wird damit immer schwieriger.

Die weltweit nötigen Anstrengungen zur Verminderung von Treibhausgasen und zur Anpassung an den Klimawandel müssen gerecht zwischen den Ländern verteilt werden. Wer ist verantwortlich, für das Verursachen der Krise – und wer hat die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die nötigen Maßnahmen umzusetzen?

Die UN-Klimakonferenz in Poznan muss einen Wendepunkt markieren, und nur wenn im kommenden Jahr über konkrete Vorschläge verhandelt wird, kann es Ende 2009 in Kopenhagen wie geplant zum Abschluss der Verhandlungen kommen.

Zusammenfassung

Für die in Armut lebenden Menschen in den Entwicklungsländern ist der Klimawandel eine dreifache Herausforderung: Sie haben das Problem nicht verursacht, sie sind am stärksten von den Auswirkungen betroffen und sie haben die geringsten Mittel, um sich auf die globale Bedrohung einzustellen und sich an die veränderten Bedingungen anzupassen.

Zunehmende Überflutungen, extreme Dürren, veränderte Niederschlagsmuster und damit sinkende Ernteerträge sind nur einige der wachsenden Bedrohungen für die in Armut lebenden Menschen in den Entwicklungsländern. Die Krise wird sich noch deutlich verschärfen, falls die internationalen Verhandlungen nicht zu einem global gerechten und wirksamen Klimaschutzabkommen führen, das sich an den Rechten und Bedürfnissen der extrem Armen ausrichtet. Der Klimawandel ist die größte Herausforderung für die weltweite Armutsbekämpfung und Entwicklung. Für viele ist er bereits heute ein Frage von Leben und Überleben. Der Klimawandel verletzt die grundlegenden Rechte von Millionen Menschen. Den Klimawandel nur unzureichend zu bekämpfen, womöglich noch zum Schutz besonders klimaschädlicher Industrie-Branchen, ist eine Verletzung der grundlegenden Rechte der Menschen in den Entwicklungsländern. Dies verschärft die weltweite Armut und wird die mühsam erreichten Fortschritte in Entwicklung und Armutsbekämpfung zunichte machen.

Die Bausteine eines neuen Klimavertrages müssen in Poznań auf den Tisch

Die Zeit läuft davon: Die Klimaverhandlungen im polnischen Poznan müssen deutlich über das Ergebnis der letzten Konferenz im indonesischen Bali hinausgehen. Es müssen konkrete Vorschläge zum weltweiten Klimaschutz verhandelt werden – also nicht, wie bei den verschiedenen Verhandlungstreffen im Laufe des vergangenen Jahres, die Themen nur auflisten und erörtern, sondern konkret die vorhandenen Optionen eingrenzen. Zum Beispiel bezüglich der Frage, wie der globale Klimaschutz gerecht finanziert werden kann und wie die reichen Länder den armen Ländern bei der Anpassung an den Klimawandel helfen werden. Gelingt in Poznan diese Eingrenzung auf konkrete Vorschläge nicht, wird bis Kopenhagen kein unterschriftsreifer Entwurf für einen neuen Klimavertrag vorliegen – eine gefährliche Verzögerung. Um die schlimmsten Szenarien des Klimawandels noch zu verhindern, müssen die globalen Trends beim Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase schleunigst umgekehrt werden. Das Zeitfenster: wenige Jahre. Die Klimakonferenz in Kopenhagen bietet eine der letzten Möglichkeiten für die Wende – bevor das Weltklima umzukippen droht. Poznan muss dafür die Weichen stellen. Ein Versagen können wir uns im Interesse der zukünftigen Generationen, wie auch der Milliarden Menschen, für die der Klimawandel schon heute bittere Realität ist, nicht leisten.

Die globale Erwärmung: Auswirkungen auf weltweite Armut

Wir sind mittendrin, im Klimawandel. Seit Beginn der industriellen Revolution sind die globalen Durchschnittstemperaturen um 0,8 °C gestiegen – und werden aufgrund der physikalischen Trägheit der Atmosphäre weiter steigen. Um die schlimmsten Szenarien des Klimawandels und katastrophale, irreversible Prozesse (zum Beispiel das Abschmelzen des antarktischen oder grönländischen Festlandees, was den Meeresspiegel mehrere Meter ansteigen lassen würde) zu vermeiden, muss die globale Erwärmung unter einer Schwelle von 2 °C gehalten werden.

Über die physikalischen Gesetze der Atmosphäre lässt sich nicht verhandeln, aber über die Frage, wieviel Treibhausgase die Menschen in die Atmosphäre pumpen. Diese Entscheidung liegt ebenso im Rahmen der Verhandlungen wie die Frage, wie mit den Folgen des Klimawandels umgegangen werden soll. Das Ausmaß der Klimaschutzmaßnahmen bestimmt sehr direkt das Ausmaß der Schäden durch den Klimawandel – und damit das Ausmaß von Leid und Zerstörung für Milliarden Menschen, vor allem in den Entwicklungsländern.

Selbst wenn es gelingt, die globale Erwärmung unter 2 °C zu halten, werden die Auswirkungen dramatisch sein. Bereits in diesem „optimistischen“ Szenario werden in den nächsten Jahrzehnten fast zwei Milliarden Menschen zusätzlich von Wasserknappheit betroffen sein. Die Ernteerträge sinken bereits jetzt infolge des Klimawandels und verschärfen die Nahrungsmittelkrise, bereits heute sind ganze Inselnationen vom Untergang bedroht. Jenseits der 2 °C-Schwelle sieht die Zukunft noch düsterer aus: Bei einer Erwärmung von um 3 °C rechnen die Experten mit etwa 600 Millionen zusätzlich von Hunger und Mangelernährung bedrohten Menschen, während bis zu vier Milliarden Menschen in Gebieten mit Wasserknappheit leben werden. Steigt die globale Durchschnittstemperatur um 4 °C, bedeutet das für viele Inselstaaten den sicheren Untergang in den steigenden Fluten, aber auch große Gebiete z.B. in Bangladesh werden für immer verloren sein. Über 300 Millionen Menschen weltweit werden dann dauerhaft aus ihrer Heimat vertrieben.

Ist eine Einigung in Poznan und Kopenhagen möglich?

In Poznan müssen sich die Regierungen darauf einigen, über den neuen Klimavertrag die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen. Das bedeutet: die globalen Emissionen müssen spätestens um 2015 zu sinken beginnen. Bis 2050 müssen sie um mindestens 80 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 vermindert werden.

Damit das Gelingen kann, ist eine bisher nicht dagewesene weltweite Zusammenarbeit erforderlich, die vor allem von den Industrieländern ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit erfordert. Deutschland und einige andere Industrienationen sind auf gutem Weg, ihren Reduktionsverpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll nachzukommen. Andere, darunter Spanien oder Kanada, sind weit davon entfernt. Von den USA, dem größten Klimasünder weltweit, erhoffen sich viele eine Kehrtwende in der Klimapolitik, nachdem der künftige Präsident Barack Obama angekündigt hat, die amerikanischen Emissionen bis 2050 um 80 Prozent zu senken. Wenn die Industriestaaten bereit sind, mit konkreten Zielen und Maßnahmen eine wirkliche Vorreiterrolle im Klimaschutz einzunehmen, werden auch die Schwellenländer einem neuen Abkommen zustimmen.

Die Kosten des globalen Klimaschutzes sind ein nicht unerheblicher Faktor in den Verhandlungen. Sie liegen bei – durchaus zu bewältigenden – ein bis zwei Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Hinzu kommt, dass eine klimafreundliche wirtschaftliche Entwicklung deutlich mehr Vorteile als Nachteile mit sich bringt: für die Energiekosten der Verbraucher, verbesserte Luftqualität in den Städten, technologische Innovationen als Motor wirtschaftlichen Wachstums und neue Arbeitsplätze. Der Durchhaltewillen und der Ehrgeiz, den die Regierungen kürzlich an den Tag gelegt haben, mit enormen Summen die weltweite Finanzkrise in den Griff zu bekommen, zeigt, dass es keine Frage des Machbaren, sondern des politischen Willens ist, ob die Wende im globalen Klimaschutz gelingt. Ein Kollaps des globalen Klimasystems wäre eine wesentlich größere und existenzielle Katastrophe für Milliarden Menschen, als es die Finanzkrise je sein wird.

Wie läßt sich die globale Anstrengung zum Klimaschutz gerecht verteilen?

Die Kosten sind zu bewältigen. Ein wesentlicher Streitpunkt bei den Verhandlungen ist weniger die Kostenfrage, sondern die Verteilung dieser Kosten.

Eine Betrachtung der Pro-Kopf-Emissionen zeigt deutlich, dass die Industrieländer die Hauptverantwortung für das Verursachen des Klimawandels tragen. Exzessiver Energieverbrauch auf Basis der klimaschädlichen fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas ist eine Grundlage für den sensationellen Wohlstand der Industrieländer im globalen Vergleich. Damit verfügen die Industrieländer auch über das nötige Potenzial, dem Klimawandel entschlossen entgegenzutreten.

Teilt man also die nötigen Anstrengungen zum weltweiten Klimaschutz global gerecht auf, z. B. anhand historischer Pro-Kopf-Emissionen und Pro-Kopf-Einkommen, fällt den reichen Industrieländern der größte Anteil zu. Dieser Anteil ist so groß, dass die zur Zeit diskutierte Reduzierung der Emissionen in den Industrieländern in der Größenordnung von minus 25 bis 40 Prozent bis 2020

gegenüber 1990 nicht ausreichen wird, um eine fairen Lastenverteilung zu erzielen. Statt dessen müssen die reichen Länder zusätzlich einen erheblichen Anteil des Klimaschutzes in den Entwicklungsländern finanzieren, um dort die Emissionen bis 2020 gegenüber „business-as-usual“ um 15 bis 30 Prozent zu verringern.

Allerdings hat sich die Welt seit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls auch verändert. Einige Entwicklungsländer haben inzwischen höhere Pro-Kopf-Emissionen und ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als so manche Industrieländer mit Verpflichtungen unter dem Kyoto-Protokoll. Letztlich müssen alle Länder zum globalen Klimaschutz beitragen – je nach Verantwortung und Wirtschaftskraft. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Löwenanteil weiterhin bei den reichen Industrienationen liegt, deren Verantwortung für den globalen Klimaschutz und bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels bislang beschämend vernachlässigt wird.

Klimaschutz: Den Ausstoß von Treibhausgasen weltweit verringern

Es wäre unangebracht, von den Entwicklungsländern Verpflichtungen zum Klimaschutz zu erwarten, die denen der reichen Industrieländer entsprechen. Dies umso weniger, als die Industrieländer bisher weder selbst ihre Emissionen ausreichend reduzieren, noch, wie ehemals versprochen, den Entwicklungsländern mit finanzieller und technologischer Unterstützung beim Klimaschutz oder der Anpassung an den Klimawandel zur Seite stehen. Gleichzeitig bleiben Versprechen zur Entwicklungshilfe oder großartige Ankündigungen zur Bewältigung der Lebensmittelkrise bisher unerfüllt. Vor diesem Hintergrund sind die Rufe einiger Industrienationen nach verbindlichen Reduktionsverpflichtungen für die Entwicklungsländer wenig hilfreich.

Das zukünftige Abkommen muss die besonderen Bedingungen der Entwicklungsländer berücksichtigen. Angemessen wäre ein System, das erfolgreichen Klimaschutz in den Entwicklungsländern belohnt, aber keine Strafen bei Nichterfüllung vorsieht. Ohnehin wird für die ärmsten Länder die Anpassung an den Klimawandel und die Bewältigung seiner Folgen weiter im Vordergrund stehen. Länder wie China oder Indien könnten Maßnahmen ergreifen, die gleichzeitig das Klima schützen, die Armut verringern und die nachhaltige Entwicklung fördern. Es obliegt den reichen Ländern, derartige Aktivitäten durch finanzielle Mittel und die Bereitstellung von klimafreundlichen Technologien zu fördern. Dies darf nicht als Hilfe aufgefasst werden. Vielmehr sind solche Ressourcentransfers Teil der global gerechten Lastenverteilung aufzufassen und müssen daher auch zusätzlich zu den Versprechen und Zusagen zur Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungshilfe geleistet werden.

Anpassung an den Klimawandel

Die Schäden des Klimawandels zerstören bereits heute die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen – fast ausschließlich in Entwicklungsländern, wo es beispielsweise keine Versicherungen gibt, um Sturmschäden an einem Haus auszugleichen. Die Auswirkungen des Klimawandels werden noch erheblich zunehmen, selbst wenn sich die Welt auf wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen einigt und die globale Erwärmung unter 2 °C begrenzt wird.

Die Anpassung an das Ausmaß des Klimawandels, das wir inzwischen nicht mehr vermeiden können, wird damit immer wichtiger. Die konkrete Ausgestaltung dieser Anpassung ist sehr kontextspezifisch und kann eine Vielzahl von Maßnahmen bedeuten, z. B. die Einführung trockenresistenter Getreidesorten, bessere Bewässerungssysteme oder Regenspeicher. Anpassung bedeutet aber auch die Befestigung von Straßen, höhergelegte Brücken in flutgefährdeten Regionen oder sturmsichere Häuser in Gebieten, in denen Stürme an Zahl oder Intensität zunehmen. Dafür brauchen die armen Länder die Unterstützung der reichen Länder – nicht nur, weil den armen Ländern die finanziellen und technischen Mittel fehlen, sondern auch aus Gründen der Gerechtigkeit, denn die betroffenen Menschen haben in der Regel nichts zu der Krise beigetragen.

Das neue Klima-Abkommen muss den Rahmen schaffen, der die Umsetzung von Anpassungsstrategien in den Entwicklungsländern ermöglicht. Solche Strategien müssen in die langfristigen Entwicklungsziele integriert werden und in transparenten und partizipativen Prozessen entstehen und umgesetzt werden, einschließlich der Beteiligung indigener Bevölkerungsgruppen und der Zivilgesellschaft.

Oxfam schätzt, dass für die Anpassung in den Entwicklungsländern jährlich mindestens 50 Milliarden US-Dollar benötigt werden. Es obliegt den Industrienationen, diese Summen aufzubringen – nicht als ein Akt karitativer Hilfe und auch nicht in Form von Krediten, sondern als Ausgleichszahlungen für angerichteten Schaden.

Die Regierungen werden sich in Poznan diesen Herausforderungen stellen müssen, um wenigstens eine grobe Einigung über die wesentlichen Bausteine eines neuen Klimaschutzabkommens zu erzielen. Nur dann kann im kommenden Jahr konkret verhandelt werden, nur dann wird Ende 2009 in Kopenhagen das neue Abkommen wie geplant zur Unterzeichnung bereitliegen.

*Das vollständige Oxfam-Positionspapier auf Englisch als .pdf (490kb):
Climate, Poverty, and Justice. What the Poznan UN climate conference needs to deliver for a fair and effective global climate regime
http://www.oxfam.de/download/climate_poverty_justice.pdf*